

Budget 2024

Budgetrede Finanzminister

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

**Mit Optimismus für Österreich:
Wohlstand erhalten. Zukunft gestalten.**

Wien, 18. Oktober 2023

Budgetrede

Gehalten am Mittwoch, den 18. Oktober 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Herr Präsident,

Herr Bundeskanzler!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Verehrte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler,

liebe Österreicherinnen und Österreicher!

„Wir können zwar den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“

Der Wind, der in den letzten Jahren geweht hat, war rau und ist aus den verschiedensten Richtungen gekommen. Mehr denn je war die Politik gefordert, in Momenten hoher Unsicherheit die richtigen Entscheidungen zu treffen, um auf Kurs zu bleiben. Die Welt befindet sich im Umbruch – und auch an uns geht dieser Umbruch nicht spurlos vorüber.

Hinter uns liegt eine weltweite Pandemie, und innerhalb Europas – wenige Kilometer von unseren Grenzen entfernt – tobt ein Krieg, der einen inakzeptablen Bruch des Völkerrechts darstellt.

Auch vor den Türen Europas werden unsere israelischen Partner und Freunde von brutalem Terror und Gewalt heimgesucht.

Waren es vor wenigen Jahren die Themen Globalisierung, Finanzmarktstabilität, Vernetzung und Internationalisierung, die die politischen Debatten prägten, so sind es jetzt Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe, die allgegenwärtig sind.

Sie zeigen, dass die Welt nicht mehr mit jener von vor 2020 zu vergleichen ist.

Überall auf der Welt wird diskutiert, analysiert und debattiert.

- Braucht es einen starken Staat, vielleicht sogar den Vollkasko-Staat?
- Welches Maß an staatlichen Interventionen ist notwendig, erlaubt und sinnvoll?
- Wie viel Globalisierung ist zweckmäßig und wie können wir gleichzeitig Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten?
- Wann wird aus Zusammenarbeit und Kooperation eine gefährliche Abhängigkeit?
- Kurz gefragt: Wie viel Staat braucht es und welche Rolle soll er spielen?

Das sind Fragen, mit denen sich Politik und Gesellschaft zu beschäftigen haben.

Und ich sage Ihnen ganz offen: Auf viele dieser Fragen gibt es keine zu 100 Prozent richtige Antwort – schon gar nicht im globalen Kontext der Herausforderungen.

Denn je nach eigener Weltanschauung, Werten und Vorstellungen mag es andere Antworten geben.

Auch jede Herausforderung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass diese Fragen anders zu beantworten sind.

Und das wird so bleiben, denn auch in Zukunft wird es internationale Herausforderungen geben, mit denen wir heute noch nicht rechnen können.

Was wir aber tun können ist, in unserem Wirkungsbereich die Segel in Richtung Zukunft zu setzen und auf Kurs zu bleiben.

Weltwirtschaft im Wandel

Eines vorweg: Österreich ist ein wohlhabendes Land. Sogar eines der wohlhabendsten Länder der Welt.

Wir leben in Sicherheit und verfügen über soziale Netze und eine Infrastruktur, um die wir weltweit beneidet werden.

Österreich ist reich an Innovationen, an Unternehmertum und vor allem an qualifizierten Menschen, die täglich einen Beitrag dazu leisten, dass wir heute trotz allem sehr gut dastehen.

Das haben wir all jenen zu verdanken, die diesen Wohlstand in den letzten Jahrzehnten durch Fleiß, Zuversicht und Ehrgeiz aufgebaut haben.

Daher gilt mein Dank zuallererst Ihnen allen: Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Aber: Österreich ist keine abgeschottete Insel. Wir sind ein Land im Herzen Europas – inmitten einer globalisierten Welt.

Wir sind eine kleine exportorientierte Nation und spüren, wenn Wind und Zeiten rauer werden.

Die Weltwirtschaft trübt sich ein, und wir sehen, dass am Horizont vereinzelte Gewitterwolken aufgezogen sind.

Diese allgemeine Schwäche der Weltwirtschaft, globale Rekordinflation, steigende Zinsen, eine Energieversorgung in Bedrängnis, Sicherheitsrisiken und nicht zuletzt die demographische Entwicklung sorgen dafür, dass wir uns mehr denn je anstrengen müssen, um diesen Wohlstand zu erhalten.

Entwicklung globale Finanzpolitik

Grundsätzlich müssen wir uns daher die Frage stellen, welche Rolle Europa insgesamt in einer künftigen Weltordnung spielen kann oder sogar muss.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die globalen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse seit Jahrzehnten verschieben.

EU und USA hatten 1970 gemeinsam rund 60 % Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung.

Aktuell sind es zusammen nur mehr rund 40 %, die EU alleine liegt sogar nur mehr bei 17 % Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung.

Auf der ganzen Welt wurden in den vergangenen Jahren Hilfs- und Konjunkturprogramme aufgelegt und Maßnahmen getroffen, um Beschäftigung, Wirtschaft und Wachstum zu sichern.

Weltweit nehmen Regierungen viel Geld in die Hand, um gegen die aktuelle Situation anzukämpfen.

Denken wir beispielsweise außerhalb Europas an den amerikanischen Inflation Reduction Act oder die massiven staatlichen Subventionen der Industrie in China.

Selbstverständlich muss auch die Europäische Union reagieren, damit Europa nicht an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern arbeiten wir genau an diesen Fragestellungen.

Natürlich muss ein Nationalstaat reagieren, wenn eine Pandemie oder eine Energiekrise ganze Wirtschaftszweige gefährdet und damit plötzlich Einkommen, Kaufkraft und Lebensgrundlage der Menschen in Frage stellt.

Als Verantwortungsträger haben wir in dieser Situation die Aufgabe, Maßnahmen zu setzen, die Menschen und den Wirtschaftsstandort unterstützen – wie wir es in den letzten Jahren in nie dagewesenem Ausmaß getan haben.

Aber gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass wir nicht in einen Subventionswettbewerb schlittern, der einen Handelskrieg auslösen und unseren Wohlstand gefährden könnte.

In dieser Situation braucht es kluge Politik, ein Handeln mit Hausverstand und auch den Mut, die eigene Arbeit ständig zu hinterfragen.

Und ich habe es bereits oft gesagt und stehe weiterhin dazu:

Nicht alles, was auf den ersten Blick populär klingt, ist auf den zweiten auch sinnvoll!

Wir dürfen nicht den Blick darauf verlieren, welche Auswirkungen die Handlungen von heute auf den Wohlstand von morgen haben.

Für einen starken Standort und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit müssen wir daher Anreize für Investitionen setzen und damit die Wirtschaft beim Wirtschaften unterstützen.

Und gleichzeitig müssen wir neue Spielräume schaffen, um im Fall der Fälle gerüstet zu sein, um Arbeitsplätze – damit den sozialen Frieden – und Betriebe zu unterstützen, sollte das in der Zukunft wieder notwendig sein.

Das wirtschaftliche Umfeld

Die heimische Volkswirtschaft konnte sich von der Pandemie schneller als Deutschland und die Eurozone erholen. Österreich kann sich aber weder von den weltweiten Entwicklungen noch vom wichtigsten Handelspartner Deutschland abschotten.

Bis vor wenigen Tagen wurde unserem Land für heuer noch ein Wachstum prognostiziert. Erst jetzt wurde diese Prognose nach unten revidiert. Für 2024 ist jedoch der Ausblick positiv: Bereits im nächsten Jahr zieht unsere Konjunktur wieder an.

Für das kommende Jahr gehen die Wirtschaftsforscher erfreulicherweise von kräftig steigenden Realeinkommen aus. Mit der deutlichen Erhöhung der Pensionen und Sozialleistungen und der Abschaffung der kalten Progression unterstützt die Bundesregierung diese Entwicklung.

Das ist eine gute Nachricht, denn mit steigenden Realeinkommen wächst der Wohlstand der Menschen.

Zu den guten Nachrichten gehört auch, dass der Arbeitsmarkt robust bleibt und so viele Menschen in Beschäftigung sind wie nie zuvor.

Bekanntnis zur ökosozialen Marktwirtschaft

Wenn die Zeiten unsicherer werden – wenn Wolken aufziehen – dann sind Mut, Optimismus und Handlungsfähigkeit gefragt.

Und es braucht Werte und Leitlinien, an denen wir unser Handeln orientieren.

Für mich ist es beispielsweise die ökosoziale Marktwirtschaft, die einerseits einen wesentlichen Anteil an unserem Wohlstand hat und andererseits für die Herausforderungen der Zukunft das beste Modell ist.

Sie vereint den Erhalt der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, die Wahrung des sozialen Friedens und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Es geht dabei nicht um ein Gegeneinander der verschiedenen Bereiche, sondern um ein Miteinander zum Wohle aller.

In der ökosozialen Marktwirtschaft geht es nicht um Wirtschaftspolitik oder Klimaschutz. Es geht nicht um Sozialpolitik oder Industriepolitik. Es geht darum, die Bereiche miteinander zu verbinden.

Abgeleitet von der ökosozialen Marktwirtschaft haben wir bereits die ökosoziale Steuerreform umgesetzt, die einerseits Menschen und Betriebe entlastet, aber andererseits Anreize setzt, um umweltfreundlich zu handeln.

Das ist der richtige Weg, um den uns andere Regierungen beneiden.

Auch wenn wir ein kleines Land sind – unsere ökosoziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, das wir mit Stolz auf der ganzen Welt vertreten.

Der Schritt zur ökosozialen Finanzpolitik

Aber wir müssen einen Schritt weitergehen.

Für die Herausforderungen der Zukunft wollen wir daher eine ökosoziale Finanzpolitik nach marktwirtschaftlichen Prinzipien schaffen.

Was meine ich damit?

- Wir müssen unserem Standort Chancen geben, statt Hürden aufbauen!
- Wir müssen in der Klimapolitik mit Hausverstand Anreize setzen, statt mit Verboten agieren!
- Und wir müssen auch hier mit Optimismus die Segel Richtung Zukunft setzen!

Unser Ziel muss eine Finanz- und Steuerpolitik sein, die sicherstellt, dass Österreich lebenswert, ein starker, wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort und ein Ort mit der größtmöglichen persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit bleibt.

Und eines möchte ich an dieser Stelle auch betonen: Österreich hat ganz sicher eines nicht, nämlich zu wenige oder zu niedrige Steuern.

Es hilft den Vielen nicht, wenn man einigen Wenigen etwas wegnimmt.

Daher bin ich ganz klar gegen neue Steuern!

Weil wir die Menschen entlasten, nicht belasten möchten.

Solche Steuern sanieren kein Budget, schaffen keine neuen Arbeitsplätze und erhöhen nicht den Wohlstand der Menschen in Österreich.

Wir müssen und können es aber schaffen, gleichzeitig wettbewerbsfähiger und nachhaltiger und ökologischer zu werden.

Wir können es schaffen, gleichzeitig die arbeitenden Menschen finanziell zu entlasten und das Sozialsystem zu sichern.

Wir können es auch schaffen, Eigentumsbildung zu ermöglichen und sozialen Wohnbau zu unterstützen.

Das hat Österreich in der Vergangenheit ausgezeichnet und wird es auch in der Zukunft auszeichnen.

Dafür brauchen wir innovative Ansätze, ein Miteinander der Verantwortungsträger und kein Auspielen der unterschiedlichen Prioritäten gegeneinander. Und vor allem eines: nämlich Hausverstand.

Es sagt uns der Hausverstand, dass es keinen wirtschaftlichen Erfolg ohne soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen gibt.

Es sagt uns der Hausverstand, dass wir unseren Lebensraum und damit unsere Lebensgrundlage schützen müssen – ohne dabei die Grundlage unseres Wohlstands zu gefährden.

Es sagt uns der Hausverstand: Die Grundlage dafür, dass Österreich zu einem hochentwickelten, lebenswerten und reichen Land wurde, sind jene Menschen, die täglich aufstehen und zur Arbeit gehen.

Das sind jene Familienbetriebe, die nicht auf kurzfristige Gewinne schießen, sondern seit Generationen gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Wertschöpfung sorgen.

Und das sind jene, die auf die Schwächeren in unserer Gesellschaft schauen, sei es im Sozialsystem, in der Freiwilligenarbeit oder Zuhause im Familienverband.

Diese unterschiedlichen und gleichsam bedeutenden Bereiche unterstützen wir in einer ökosozialen Finanzpolitik. Weil es uns der Hausverstand sagt.

Optimistisch in die Zukunft

Sie sehen, die Zeiten und die globale Entwicklung sind mit großen Unsicherheiten verbunden. Sie erfordern mutiges und entschlossenes Handeln der Politik.

Und das tun wir mit dem Budget, das ich Ihnen heute vorstellen darf.

Wir haben es uns nicht leichtgemacht, sondern in den letzten Wochen ganz genau abgewogen, welche Bereiche gerade jetzt gestärkt werden müssen.

Genauso klar ist auch, dass eben jetzt nicht alles geht.

In einem Umfeld, wo wir die Menschen über die abgeschaffte kalte Progression und Hilfsmaßnahmen entlasten, den Ländern und Gemeinden mehr über den Finanzausgleich ermöglichen und wir massiv die Zinslast spüren, kann nicht jeder Ressortwunsch erfüllt werden.

Und dennoch schaffen wir es, dass jedes Ressort mehr Geld als im Vorjahr zur Verfügung hat.

Wir haben in der Bundesregierung vereinbart:

Ein effektives Budget ist der Schlüssel zur Erreichung unserer gesamtstaatlichen Ziele.

Das Budget 2024 orientiert sich daher an den kurzfristig dringenden politischen Prioritäten, an langfristig wirtschaftlicher Stabilität und der nachhaltigen Förderung des Wohlstands und der Sicherheit aller Menschen in unserem Land.

Wir gehen mit Optimismus in die Zukunft. Und wir setzen Schritte für eine starke Wirtschaft und Wohlstand für alle Generationen.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

War es in meinem ersten Budget im Vorjahr notwendig, massiv in die Sicherheit zu investieren, so investieren wir mit diesem Budget in jene Bereiche, in denen in den vergangenen Krisen Schwächen zu Tage kamen. Und wir investieren in jene Bereiche, die langfristig unseren Wohlstand sichern.

Wir beschließen ein Budget mit Hausverstand, das sich in die Zukunft richtet: Hausverstand bedeutet auch, dass wir jetzt wichtige Investitionen und Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen.

Ich verspreche Ihnen, weiterhin – im Sinne der Menschen in unserem Land – einen realistischen Blick darauf zu haben, was notwendig und dringend ist.

Und ja, man kann dieses Budget ein ökosoziales Budget nennen. Die in Zahlen gegossene Politik ist eine ökosoziale. Ich gehe sogar noch weiter, denn hinter jeder Zahl im Budget stehen

- Menschen,
- Familien
- Betriebe
- und wichtige Projekte, die dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft ein lebenswertes Land und eine konkurrenzfähige Wirtschaft gewährleisten.

Die Bilanz gibt uns recht

„Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht.“, hat Marie von Ebner-Eschenbach einmal gesagt.

Ich habe versucht Ihnen zu skizzieren, dass die Welt aus der wir kommen, eine Welt im Wandel war: Wir alle haben in den vergangenen dreieinhalb Jahren viel Unvorhersehbares und Unkalkulierbares erlebt.

Aber die Regierung hat sich nicht weggeduckt – sondern jedes Mal ihre Verantwortung wahrgenommen.

Unser Zugang war klar: Wir unterstützen die Menschen mehrfach und intensiv, um trotz hoher Inflation die Kaufkraft zu erhalten.

Die Maßnahmen umfassen einerseits kurzfristige, temporäre Entlastungsmaßnahmen, die besonders notwendig waren, da Löhne und Pensionen die Kaufkraftverluste nur zeitversetzt ausgleichen können.

Wir haben somit die Menschen und Unternehmen unmittelbar entlastet und die Kaufkraft der Haushalte und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten.

Und neben wichtigen kurzfristigen Unterstützungen für besonders betroffene Gruppen haben wir strukturell eingegriffen.

Die wichtigste dieser dauerhaften Entlastungen war sicherlich die Abschaffung der kalten Progression. Wir haben die schleichende Steuererhöhung beendet und geben den Menschen das Geld zurück, das ihnen die Inflation nimmt.

So sorgen wir dafür, dass die Lohn- und Pensionserhöhungen jetzt auch in vollem Ausmaß ankommen.

Heuer – im ersten Jahr ohne kalte Progression – haben sich die Menschen mehr als 1,8 Mrd. Euro erspart. Konkret bedeutet das: Mehr Lohn, aber nicht mehr Steuern.

Im kommenden Jahr sparen sich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über 3,6 Mrd. Euro.

Wir haben auch sehr bewusst Maßnahmen gesetzt, die Leistung belohnen, unseren Standort stärken und die Familien unterstützen.

Wir entlasten zum Beispiel jene, die Überstunden leisten. Davon profitieren sowohl Gering- als auch Besserverdiener. Das ist gerade in der aktuellen Situation des Arbeitskräftemangels sinnvoll: Wir unterstützen jene, die mehr leisten wollen.

Kinder und Familien profitieren gleich mehrfach: Wir erhöhen den Kindermehrbetrag, verdoppeln den steuerfreien Zuschuss zur Kinderbetreuung und schaffen Erleichterungen bei Betriebskindergärten.

Das entlastet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Besonders entlastet werden von uns auch die kleinsten Einkommen: Bis 2022 konnte man bis 11.000 Euro steuerfrei Einkommen beziehen. Im heurigen Jahr liegt diese Grenze bei 11.693 Euro – das ist eine der zentralen Auswirkungen der Abschaffung der kalten Progression.

Und im kommenden Jahr sind die Menschen erst ab einem Einkommen von 12.816 Euro steuerpflichtig.

Einem Angestellten im Schichtbetrieb mit einem monatlichen Bruttogehalt von 3.650 Euro bleiben nächstes Jahr 1.200 Euro mehr übrig.

Für mich ist das ein Akt der Fairness, dass den arbeitenden Menschen, die von der Teuerung betroffen sind, mehr Netto vom Brutto bleibt und dass der Staat kein Profiteur der hohen Inflation ist.

Wäre es für einen Finanzminister daher nicht bequemer, diese Reform nicht umgesetzt zu haben?

Ja natürlich!

Aber es ist eben nicht die Zeit für Bequemlichkeit, sondern für eine faire dauerhafte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Auch jene, die im Ehrenamt tätig sind und damit einen wichtigen Beitrag in unserem Land leisten, entlasten wir steuerlich mit dem größten Reformprojekt der vergangenen 30 Jahre in diesem Bereich.

Und wie schon im Vorjahr zieht der Bund auch heuer und nächstes Jahr die Gebührenbremse.

Damit auch die Gemeinden ähnliche Schritte setzen stellen wir 150 Mio. Euro zur Verfügung. Auch diese Maßnahmen wirkt inflationsdämpfend.

An dieser Stelle möchte ich ein klares Bekenntnis abgeben:

Ich verstehe mich als Föderalist.

Darum sehe ich Österreichs Gemeinden und Bundesländer auch als starke und verlässliche Partner. Gemeinsam haben wir die Krisen der vergangenen Jahre bewältigt.

Unseren Städten und Gemeinden haben wir alleine mit den beiden Kommunalinvestitionsprogrammen 2020 und 2023 zwei Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Damit nehmen wir unsere Verantwortung gegenüber den Gebietskörperschaften und den betroffenen Menschen vor Ort wahr und ermöglichen sinnvolle Investitionen.

Und gemeinsam mit den Bundesländern, Städten und Gemeinden setzen wir gerade einen neuen Kurs. Der künftige Finanzausgleich ist ein Paradigmenwechsel und eine Innovation:

Erstmals werden Mittel an gemeinsame Ziele und Reformen geknüpft.

Auch hier reagieren wir auf die Welt, die sich verändert: Die demographische Entwicklung, höhere Kosten für Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung.

Wir stellen mehr Geld für genau diese Herausforderungen der Zukunft zur Verfügung. Das Gesamtvolumen des Finanzausgleichs macht im Durchschnitt jährlich 3,4 Mrd. Euro aus. Der Großteil fließt an Länder, Gemeinden und Städte.

Wir adressieren mit dem Zukunftsfonds die Herausforderungen der Zukunft: Denn wir sind als Bund bereit, mehr Geld für Wohnen, Klima und Umwelt – aber vor allem für den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren. Das hat Bundeskanzler Karl Nehammer zugesagt.

Und das ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, in der alle Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden – an einem Strang ziehen.

Ich bedanke mich daher auch hier nochmal bei den Vertreterinnen und Vertretern der Länder, Städte und Gemeinden für die intensiven, aber stets wertschätzenden und lösungsorientierten Verhandlungen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie müssen nicht mir glauben, wenn ich sage, dass diese Bundesregierung so viel wie noch keine andere für Menschen, Wirtschaft und wichtige Zukunftsbereiche getan hat.

Aber Sie können externen, unabhängigen Bewertungen vertrauen.

Der OECD, dem Budgetdienst des Parlaments und der Oesterreichischen Nationalbank: Unsere Maßnahmen sind nicht nur intensiv, sondern auch zielsicher. Viel treffsicherer als jene von Deutschland oder Spanien.

Und vor allem entlasten wir die unteren Einkommensbereiche am höchsten.

Noch dazu wirken die Senkung der Energieabgaben, die Stromkostenbremse, der Mietpreisdeckel und die Gebührenbremse inflationsdämpfend – wie diese Institute bestätigen.

Alleine dieser Auszug an Maßnahmen zeigt, wie viel diese Bundesregierung getan und geleistet hat, um die Menschen zu unterstützen.

Aber natürlich ist uns klar, dass die immer noch zu hohe Inflation die Menschen vor große Herausforderungen stellt. Herausforderungen, bei denen wir die Menschen auch in Zukunft nicht alleine lassen.

Und natürlich kann man auch über jede Maßnahme trefflich streiten. Wie bei der Pandemie gilt: Viele, die nie Verantwortung hatten und keine einzige Entscheidung treffen mussten, erklären im Nachhinein, was man alles anders machen hätte müssen.

Denn auch die zur Verfügung stehenden Prognosen waren nicht immer treffend. Ich erinnere hier an die EZB, die die Inflation noch Mitte 2022 als ein „temporäres“ Phänomen beurteilt hat.

Mit dem Konjunktiv kann man keine Krise bekämpfen. Und im Rückspiegel der Geschichte ist jede Bewertung natürlich einfach und klar. Trotzdem ist es uns gelungen – auch mit Unterstützung unserer Maßnahmen – dass die Inflation massiv sinkt: von über 11 % zu Jahresbeginn auf 6 % jetzt.

Das ist der niedrigste Wert seit Kriegsbeginn – und er wird in den nächsten Monaten weiter sinken.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher,

Max Frisch hat einmal gesagt hat: „Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Deshalb ist entscheidend, welche Lehren wir für die Zukunft ziehen. Die Pandemie hat die Mängel im Gesundheitssystem aufgezeigt, genauso wie die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Stärken und Schwächen unseres föderalen Systems.

Die Energiekrise hat uns die Abhängigkeit von russischem Gas vor Augen geführt und die Verwundbarkeit unserer Wirtschaft. Auch hier halten wir dagegen und können Erfolge vorweisen: Österreich hat seine Abhängigkeit von russischem Gas nachweislich reduziert.

Und das alles, während wir gleichzeitig die Versorgungssicherheit deutlich ausgebaut haben. Die Gasspeicher sind aktuell zu über 95 % gefüllt. Damit liegt in unseren Speichern mehr Gas, als wir im gesamten Vorjahr verbraucht haben.

Zusätzlich haben wir eine strategische Gasreserve von einem Viertel unseres Jahresverbrauchs angelegt.

Wir haben den Versorgungsstandard bei Gas weiter ausgeweitet, konnten unsere Versorgungsquellen weiter diversifizieren und importieren noch stärker Gas aus Norwegen. Gleichzeitig beteiligen sich österreichische Unternehmen an der europäischen Gaseinkaufsplattform, die russisches Gas ausschließt.

Somit ist klar: Wir kommen gut durch den Winter. Die Wohnungen bleiben warm!

Bei allen Unkenrufen sollte man sich daher auch hier nüchtern die Bewertung von außen ansehen.

So hat erst vor wenigen Wochen die Ratingagentur Fitch den Ausblick für das Rating für Österreich angehoben. Grund sind die abnehmenden Risiken bei der Energieversorgung. Hervorgehoben werden besonders die Maßnahmen der Regierung wie etwa die strategische Gasreserve und die zunehmende Diversifizierung der Gasressourcen.

Dieses stabile Rating ist wichtig, weil sich die Republik dadurch auf den Kapitalmärkten zu vergleichsweise günstigen Konditionen Geld ausleihen kann.

Als stabile Basis nennen Expertinnen und Experten die hohe Kaufkraft. Während in anderen Ländern die realen Haushaltseinkommen zurückgehen, steigen diese in Österreich.

Ja, das Leben ist auch in Österreich teurer geworden.

Aber die Durchschnitts-Familie hat auch deutlich mehr Haushaltseinkommen, als noch im Vorjahr: Eine 4-köpfige Familie mit 2 Durchschnitts-Gehältern hat pro Jahr ein Plus von mehr als 5.000 Euro an verfügbarem Einkommen.

Und zwar durch

- die Abschaffung der kalten Progression,
- die Senkung der Steuertarife,
- höhere Absetzbeträge, die Stromkostenbremse und
- den Stromkostenergänzungszuschuss,
- die Valorisierung der Familienleistungen und
- den Wohn- und Heizkostenzuschuss.

Und ich möchte auch mit Blick auf unseren Wirtschaftsstandort mit Optimismus und Zuversicht dagegenhalten. Österreich hat in wichtigen Bereichen vorgesorgt und unsere Unternehmen mit zentralen Rahmenbedingungen gestärkt:

Diese Bundesregierung senkt den Körperschaftsteuersatz von 25 % auf heuer 24 % und mit dem kommenden Jahr auf 23 %.

Und zwar in erster Linie kleine und mittlere Betriebe: Mehr als zwei Drittel dieser heimischen Unternehmen haben einen Gewinn von unter 40.000 Euro.

Sie sehen: Gerade in Zeiten hoher Inflation tun wir als Bundesregierung alles, um den Standort zu stärken. Denn damit Österreich auch in Zukunft ein wettbewerbsfähiger Standort bleibt, sind gerade angesichts der multiplen Krisen weitere Verbesserungen notwendig.

Daher entlasten wir auch Österreichs Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer: Damit Start-Ups auch in Zukunft ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und Treiber für Innovationen bleiben, erleichtern wir die Mitarbeiterbeteiligung.

Wir schaffen ein eigenes steuerliches Modell für Start-ups – und stärken damit die Mitarbeiterbindung.

Und mit der neuen Rechtsform FlexKap – der flexiblen Kapitalgesellschaft – senken wir das GmbH-Mindeststammkapital auf 10.000 Euro.

Das alles und noch mehr tun wir, um unseren Standort zu stärken.

Verantwortung für Österreich

Das war nur eine Auswahl an Maßnahmen, die wir umgesetzt haben. Und egal wie man zu einzelnen Maßnahmen steht: Einen Vorwurf kann man dieser Regierung sicher nicht machen, nämlich, dass sie sich vor schwierigen Entscheidungen gedrückt hätte.

Ob Pandemie, Teuerung oder die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges: Wir waren da, haben rasch gehandelt und für die Menschen gearbeitet.

Und sind wir uns ehrlich: Seit Amtsantritt hat diese Bundesregierung mehr Verantwortung übernehmen müssen, als viele davor.

Wir haben unseren Job gemacht.

Schauen wir auf die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes, die gestiegene Kaufkraft und die ausgebauten Sozialleistungen.

Wir haben in der Krise nicht nur reagiert, sondern haben für das Land und die Menschen und Betriebe agiert.

Und mitten in den größten Herausforderungen seit dem zweiten Weltkrieg haben wir Pflöcke für die Zukunft und langfristige Reformen eingeschlagen.

Das ist die Bilanz dieser Regierung unter Bundeskanzler Karl Nehammer, egal was jene sagen, die keine Verantwortung übernommen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verstehe, dass viele Menschen angesichts der multiplen Krisen Sorge vor der Zukunft haben.

Und ja, wir sind an einem Scheidepunkt, ob es die nächste Generation so wie immer seit dem 2. Weltkrieg besser haben wird. Oder ob diese Aufstiegs-Erzählung stockt und es weitere erhebliche Anstrengungen braucht, um unserer Gesellschaft ein Mehr zu ermöglichen.

Und die Antwort auf dieses Streben nach Mehr ist nicht, einigen Wenigen etwas wegzunehmen, Arbeitszeit zu verkürzen oder noch mehr Steuergeld in den Vollkaskostaat zu pumpen.

Die Zukunft unserer Kinder wird mit Innovation, unternehmerischer und individueller Freiheit, Mut und Optimismus entschieden, nicht mit Sanktionen, Verboten und Neiddebatten.

Der aktuelle demographische Wandel und der Mangel an Arbeitskräften stellt unsere Wirtschaft ohnehin vor große Herausforderungen.

Und ja, für mehr Wohlstand wird es auch weiterhin einen positiven Leistungsbegriff brauchen, wo Arbeit, Fleiß und Engagement zählen.

Wenn wir Wachstum und Wertschöpfung schaffen wollen, müssen wir zulassen, dass Menschen diesen Wohlstand erwirtschaften können. Für Zukunftsoptimismus müssen wir die Zukunft gestalten und nicht bloß den Status Quo verwalten.

Und es gibt bei allen Herausforderungen Grund für diesen Zukunftsoptimismus: Sehen wir uns an, welche Erfolge und Verheißungen die Medizin erreicht, beobachten wir die Möglichkeiten und damit verbundenen Freiheiten der Digitalisierung.

Besonders viele Chancen für die Wirtschaft und die persönliche Lebensqualität liegen in der ökologischen Transformation. Davon bin ich überzeugt.

Natürlich sind mit allen Chancen auch Risiken, Herausforderungen und Sorgen verbunden, die man ernst nehmen muss.

Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber, und Angst wird die Herausforderungen der Zukunft nicht lösen. Denn ob digitaler, ökologischer oder demographischer Wandel: Dieser Wandel findet statt, egal ob wir uns davor fürchten oder nicht.

Steuergeld verteidigen, Schwerpunkte setzen, Verantwortung übernehmen

Wie muss ein Budget sein?

So sparsam wie möglich, so flexibel wie nötig.

Denn Anspruch an ein Budget sollte auch sein, dass der Staat auf alle Eventualitäten reagieren kann und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vornimmt.

Das haben uns die vergangenen Jahre gezeigt. Und darin sehe ich auch einen vernünftigen, ehrlichen, realistischen Zugang für die Zukunft.

Dieses Budget macht Österreich zukunftsfit.

Ökosoziale Finanzpolitik heißt für mich auch, jeden einzelnen Budgeteuro streng und genau zu prüfen. Das bin ich den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern als Treuhänder ihres Geldes schuldig.

Und ich bin überzeugt: Man ruiniert kein Budget in Krisen, sondern wenn man in guten Zeiten nicht auf stabile Budgets achtet.

Daher müssen wir uns alle ins Stammbuch schreiben: Die Budgetpolitik muss nach Jahren der Krisen wieder zu einem Normalzustand zurückkehren. Es geht um den effizienten Einsatz der Mittel.

Natürlich muss der Staat helfen, wenn es darum geht, die Folgen der Teuerung für die Menschen abzufedern.

Der Staat spürt die Teuerung auch selbst. Bei Gehältern im öffentlichen Dienst, den Pensionen und bei den höheren Energie- und Baukosten.

Das alles nimmt uns Spielräume.

Daher ist jetzt nicht für jede gute Idee der richtige Zeitpunkt. Einfach „more of the same“ ist die falsche Lehre. Die Zeiten haben sich geändert, also müssen sich auch politische Prioritätensetzungen ändern.

Nach drei Jahren Krise, vor dem Hintergrund einer schwächelnden Wirtschaftslage und angesichts des öffentlichen Schuldenstandes, jeden Anspruch erfüllen zu wollen und jede Interessensgruppe mit mehr finanziellen Mitteln zu bedienen – das geht einfach nicht.

Ich habe es beim Finanzausgleich gesagt und ich sage es jetzt wieder: Einfach nur mehr Geld zu fordern, ist keine Verhandlungsposition.

Wer von Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung spricht, sollte diesen Maßstab auch bei der finanziellen Stabilität des Staates ansetzen.

Denn es gibt neben Klimawandel und demographischen Herausforderungen auch einen Wandel der finanziellen Möglichkeit des Bundes. Und es gibt finanzielle Herausforderungen, die wir aus Rücksicht auf kommende Generationen im Auge behalten müssen.

Dieser Appell richtet sich an alle Verantwortungsträger in Österreich: Wir müssen das Anspruchsdenken an den Staat zurückfahren. Wir müssen die finanziellen Grenzen akzeptieren und respektieren und wir müssen lernen, noch stärker Prioritäten zu setzen.

Als Finanzminister bin ich naturgemäß täglich mit finanziellen Wünschen konfrontiert.

Also, sehr geehrte Damen und Herren, Sie sollten dieses Budget an dem messen, was drinnen ist – aber schon auch an so mancher Idee, für die jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wir haben die Verantwortung, für die Herausforderungen der Zukunft vorzusorgen.

Ich kann Ihnen versichern: Wir stellen Mittel für sinnvolle Maßnahmen zur Verfügung und orientieren uns an der Zukunft.

Gleichzeitig verlieren wir die budgetäre Verantwortung nie aus den Augen. Denn auch das heißt Verantwortung übernehmen!

Daher setzen wir Schwerpunkte, die notwendige und wichtige Investitionen in die Zukunft sind, und gleichzeitig unseren Wohlstand absichern.

1. Wir entlasten die Menschen und investieren in Kinderbetreuung.
2. Wir stärken unseren Standort und insbesondere die Schlüsseltechnologien.
3. Wir geben Chancen und investieren in Wissen.
4. Wir schützen unser Klima. Mit Hausverstand.
5. Wir bleiben krisenfest und rüsten unsere Sicherheit auf.

Damit gestalten wir die Zukunft und sichern Österreichs Wohlstand. So halten wir unser Land fit und widerstandsfähig.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir entlasten Haushalte und Unternehmen, reduzieren die Auswirkungen der Inflation und stabilisieren die Kaufkraft. Gleichzeitig stärken wir Betriebe und sichern damit Arbeitsplätze.

Wir stellen mit dem Finanzausgleich die notwendigen Mittel zum Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge zur Verfügung.

Zusätzlich sehen wir im Budget auch die Auswirkungen der steigenden Zinsbelastung. Diese verdoppelt sich von 2022 bis 2027 von 1 auf 2 % des BIP.

Wir steuern daher auch hier dagegen und beteiligen die Ressorts an dieser Zinsbelastung:

Jedes einzelne Ressort trägt mit diesem Solidarbeitrag bei. Für die nächsten Jahre macht diese Beteiligung an der Zinslast rund 2,5 Mrd. Euro aus.

Dieser Zinsabschlag ist wichtig, weil wir sorgsam mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgehen müssen, um für künftige Krisen gerüstet zu sein und unseren Wohlstand nicht zu gefährden.

Dennoch wirken sich die mittel- bis langfristigen Herausforderungen unserer Gesellschaft auf dieses Budget aus:

- der demographische Wandel,
- die aktuelle sicherheitspolitische Lage
- und der Umgang mit dem Klimawandel.

Und ja, all diese Entwicklungen sieht man in diesem Budget abgebildet:

- Das Defizit des Bundes beträgt im kommenden Jahr 20,9 Mrd. Euro und sinkt bis 2027 auf 16,9 Mrd. Euro.
- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit liegt 2024 bis 2027 trotz der budgetären Belastungen unter 3 % des BIP.
- Die öffentliche Schuldenquote bleibt bis zum Ende des Planungszeitraums 2027 stabil bis rückläufig unter 77 % des BIP.

Das bedeutet: Wir halten die 3%-Maastricht-Grenze ein!

Und zwar bereits ab heuer erstmals nach den Jahren der Krise – und auch in den kommenden Jahren.

Und weil uns das oft vorgeworfen wurde: Der Bund profitiert nicht von der Teuerung!

Wir geben den Menschen mehr über Entlastungen zurück als wir einnehmen.

Besonders deutlich wird das eben in den kommenden Jahren, wo die Nachzieheffekte wie höhere Gehälter, Pensionen und Zinszahlungen schlagend werden und das Budget belasten.

Wir setzen aber bereits heute erste Schritte für eine nachhaltige Budgetpolitik für morgen.

Und klar ist: Investitionen in Kinderbetreuung rentieren sich langfristig – auch für den Finanzminister. Das sind Investitionen in die Zukunft.

Menschen entlasten. Wohlstand sichern.

Geschätzte Österreicherinnen und Österreicher!

Dieses ökosoziale Budget stellt dafür die richtigen Weichen, denn wir haben eine klare Vision:

Wir entlasten die Menschen und sichern den Wohlstand in unserem Land.

Der Bund gibt den Menschen über Anti-Teuerungsmaßnahmen und dauerhafte Entlastungen wesentlich mehr zurück, als er einnimmt.

Diese Bundesregierung sorgt mit einer Vielzahl von Entlastungsmaßnahmen dafür, dass das real verfügbare Einkommen der Haushalte trotz hoher Inflation stabil ist und im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau sogar gestiegen ist.

Dabei richten wir stets einen Fokus auf die Familien.

Neben den breiten und strukturellen Entlastungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Abschaffung der kalten Progression, waren uns insbesondere auch die Unterstützungsmaßnahmen für Familien stets ein Anliegen.

Für uns Eltern ist eines am wichtigsten: dass es den Kindern gut geht.

Als Bundesregierung haben wir daher ein weiteres treffsicheres Maßnahmenpaket zur Reduktion und Vermeidung von Kinderarmut beschlossen.

Insgesamt belaufen sich die dafür bereitgestellten Mittel für die Maßnahmen auf 361,8 Mio. Euro für 2024 und 428,7 Mio. Euro bis 2027. Damit stellen wir ausreichende Mittel zur Verfügung – für vier konkrete Maßnahmen:

1. Um unkompliziert und ohne Antrag Familien mit Kindern mit Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe oder Ausgleichszulage zu unterstützen. Diese Familien erhalten vollkommen automatisiert 60 Euro pro Kind und Monat bis Ende 2024.
2. Auch Alleinerziehende und Alleinverdienende mit einem Bruttojahresgehalt von bis zu 24.500 Euro im Jahr 2023 erhalten vollkommen unbürokratisch diese Unterstützung.
3. Der Schulstartgutschein „Schulstartklar“ wird von 120 auf 150 Euro ausgeweitet und zwei Mal im Jahr zur Verfügung gestellt. So entlasten wir Familien mit schulpflichtigen Kindern zusätzlich.
4. Der Wohnschirm, der Familien vor Delogierungen bewahrt, wird im Jahr 2024 auf insgesamt 65 Mio. Euro aufgestockt.

Im Sinne der ökosozialen Politik haben wir eben nicht einfach nur mehr Mittel zur Verfügung gestellt, sondern die Steuerlast für alle reduziert.

Neben der allgemeinen Entlastung der Menschen bekennen wir uns damit auch ganz klar zur Bekämpfung von Kinderarmut und den hohen Stellenwert der Familie.

Und ich bin auch überzeugt:

Gerade jene Menschen, die für dieses Land etwas leisten, oder bereits ihren Beitrag geleistet haben, sind das Fundament unseres Wohlstandes.

Wir setzen daher weitere positive Leistungsanreize für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land. Genau aus diesem Grund

- heben wir die ersten vier Tarifgrenzen der Einkommenssteuer weiter an,
- den Freibetrag für Überstunden ebenso
- und begünstigen steuerlich die Zulagen.

Standort stärken. Innovationen fördern. Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Meine Damen und Herren!

All diese Entlastungen und Unterstützungsmaßnahmen können wir nur langfristig erhalten, wenn wir den österreichischen Wirtschaftsstandort im Herzen Europas festigen. Insbesondere die Industrie erlebt einen tiefgreifenden Wandel. Ein Wandel, der die Unternehmen vor große Herausforderungen stellt, aber auch Chancen ermöglicht.

Wenn wir mutig und mit Optimismus in die Zukunft gehen wollen, dann müssen wir bereits heute den Standort stärken, Innovationen fördern und die Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Daher sind für 2024 rund 2 Mrd. Euro für Energie-Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen, Neue Selbstständige und Non-Profit-Organisationen vorgesehen.

Angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage haben wir im Budget natürlich Vorsorge getroffen. Dies betrifft vor allem das Bau- und Baunebengewerbe. Wir setzen Anreize für Sanierungen und für nachhaltige Investitionen in den Standort.

Ich bin überzeugt: Wenn Österreich weiterhin wettbewerbsfähig bleiben möchte, müssen wir bereits heute das gesamte Standortpotenzial nutzen.

- Die Halbleiterindustrie ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft. Im Zuge der nationalen Umsetzung des European Chips Act budgetieren wir 400 Mio. Euro bis 2027. Zudem wird der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft ermächtigt, für die Umsetzung insgesamt bis zu 2,8 Mrd. Euro für die Jahre 2024 bis 2031 zu investieren.

- Mit der Investitionsprämie stehen auch 2024 rund 680 Mio. Euro für Unternehmensinvestitionen zur Verfügung.
- Das Budget für das äußerst erfolgreich angelaufene Filmförderprogramm FISA+ vervierfachen wir kommenden Jahr auf rund 94 Mio. Euro.

Insgesamt stellen wir rund 3 Mrd. Euro für die Stärkung des österreichischen Standorts zur Verfügung.

Chancen bieten. In Wissen investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit einer besonderen Maßnahme wird nicht nur der Standort Österreich, sondern auch Europa am besten gestärkt: mit Wissenschaft und Forschung.

Im globalen Wettbewerb kann Europa nur bestehen, wenn wir die innovativsten und besten Ideen hervorbringen.

Mit einer Forschungsquote von 3,2 % des BIP investiert Österreich bereits jetzt am drittmeisten innerhalb der EU.

Diese Bundesregierung bekennt sich auch in den nächsten Jahren zu einem starken Forschungsstandort.

- Die Physik-Nobelpreise von heuer und vom Vorjahr haben die Leistungsfähigkeit der österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen vor den Vorhang geholt.
- Um auch in Zukunft die besten Voraussetzungen für Spitzenforschung und Lehre sicherzustellen, wird das Universitätsbudget der kommenden Leistungsvereinbarungsperiode 2025-2027 auf ein neues Rekordhoch ansteigen und 16 Mrd. Euro betragen.

Über die Finanzrahmenperiode erhöhen wir die Mittel für Wissenschaft und Forschung um 3,1 Mrd. Euro im Vergleich zum bestehenden Bundesfinanzrahmen. Damit bieten wir Chancen und investieren in Wissen.

Durch diese zusätzlichen Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind zwar kurzfristig budgetäre Einbrüche zu verzeichnen, aber wir steigern dadurch mittel- bis langfristig Österreichs Wettbewerbsfähigkeit.

Genau damit schaffen wir gesamtwirtschaftlich eine erhebliche Umwegrentabilität.

Klima schützen. Mit Hausverstand.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin überzeugt: Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben unserer Generation. Weltweit genauso wie in Österreich.

Unsere Ziele sind ambitioniert: Bis 2030 wollen wir 100 % erneuerbaren Strom in und aus Österreich schaffen. Und bis 2040 die Klimaneutralität in Österreich erreichen – immerhin zehn Jahre vor der EU.

Damit wir diese Klimaziele in Österreich erreichen, brauchen wir Investitionen, Innovation und Zusammenarbeit.

Wir dürfen uns jedenfalls nicht auf einige wenige Technologien konzentrieren, sondern müssen weiter technologieoffen bleiben.

Daher habe ich eine nationale Carbon Management Strategie im Finanzministerium initiiert. Denn ja – das Vermeiden und Einsparen von CO₂ steht natürlich im Vordergrund. Aber wir müssen eben alle Technologien im Auge behalten: Daher muss auch das Speichern, Transportieren und Wiederverwerten von CO₂ möglich sein.

Das Geld für die Transformation stellen wir bereits zur Verfügung: Bis 2027 investieren wir 14 Mrd. Euro in die ökologische Weiterentwicklung unserer Wirtschaft.

- Damit erhöhen wir die Transformationsgeschwindigkeit der österreichischen Wirtschaft. Über den Rahmen stehen dafür rund 170 Mio. Euro für Forschungsvorhaben zur Verfügung.
- Im Gebäudesektor gibt es 1 Mrd. Euro zusätzlich für den Tausch von Ölheizungen in den kommenden vier Jahre.
- Für die Transformation im Gebäudesektor können Förderungen von insgesamt 3,6 Mrd. Euro zugesagt werden.

- Und wir helfen auch einkommensschwachen Haushalten beim Umstieg auf erneuerbare Heizungssysteme mit 1,6 Mrd. Euro bis 2030.

Der Blick auf diese Mittelbereitstellung alleine reicht aber nicht aus, um die Klima- und Energieziele zu erreichen.

Wir müssen auf die Wirkung der damit finanzierten Maßnahmen achten.

Genau aus diesem Grund haben wir im Finanzministerium einen Climate Hub eingerichtet und eine Green Budgeting Methode entwickelt. Damit schlagen wir eine Brücke zwischen Budget- und Klimapolitik.

Und mit diesem Budget erstellen wir eine Klima- und Umweltbeilage, die erstmals die wesentlichen Entwicklungen im Umgang mit kontraproduktiven Anreizen und Förderungen an den Nationalrat berichtet.

Sie sehen, es gibt viele Bereiche, die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

So stellen wir sicher, dass wir die Menschen auf diesem Weg mitnehmen: Denn Klimaschutzpolitik über die Köpfe der Menschen wird keinen Erfolg haben. Wenn wir die Bevölkerung und die Wirtschaft nicht mitnehmen, werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen.

Daher müssen wir mehr Rücksicht auf die Lebensrealitäten der Menschen nehmen und Klimapolitik mit Hausverstand machen.

Mit diesem Budget leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zur Lösung dieser globalen Anstrengung.

Krisenfest bleiben. Sicherheit garantieren. Bevölkerung schützen.

Meine Damen und Herren!

Als ich vor einem Jahr vor Ihnen in diesem Haus stand, habe ich gehofft, dass die sicherheitspolitische Lage heute besser sein wird.

Doch der russische Aggressionskrieg wütet weiterhin in der Ukraine und Israel wird von Terroristen heimgesucht.

Vor einem Jahr wurde in diesem Haus ein Budget beschlossen, mit dem wir eine Zeitenwende in der österreichischen Sicherheitspolitik eingeläutet haben.

Diesen Weg gehen wir entschlossen weiter.

Im Vergleich zum letzten Bundesfinanzrahmen erhöhen wir das Verteidigungs-Budget um weitere 790 Mio. Euro. Damit liefern wir ein klares Bekenntnis, die strategische Neuausrichtung des Österreichischen Bundesheeres fortzusetzen.

Wir investieren rund 70 % der zusätzlichen Budgetmittel in die Ausrüstung und die Fähigkeiten unseres Heeres. Damit treiben wir die Modernisierung weiter voran.

Wie wichtig ein schlagkräftiges Bundesheer ist, wurde uns in den letzten Tagen wieder deutlich gemacht.

Wir verbessern die Mobilität der Polizei mit neuen Hubschraubern und den Schutz am Boden mit weiteren gepanzerten Fahrzeugen.

Neben der militärischen Landesverteidigung stärken wir auch ganz bewusst die innere Sicherheit und erhöhen die Resilienz bei den Rettungs- und Zivilschutzorganisationen.

- Angesichts der immer breiter werdenden Aufgaben der Kriminalbekämpfung stellen wir 142,6 Mio. Euro für eine IT- und Digitalisierungsoffensive bei der Polizei zur Verfügung.
- Weitere zusätzliche 162 Mio. Euro ermöglichen es dem Innenminister, die Hubschrauberflotte zu erneuern.
- Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz und Krisenvorsorge bei den Rettungs- und Zivilschutzorganisationen sind mit 85,8 Mio. Euro budgetiert.
- Damit die Erinnerungen an die Opfer des Nationalsozialismus bewahrt werden, stellen wir 36,2 Mio. Euro zur Verfügung.
- Zum verstärkten Schutz von Frauen vor Gewalt budgetieren wir weitere 13,1 Mio. Euro für den Opferschutz und Täterarbeit.

Gemeinsam stellen wir so mehr als 2 Mrd. Euro an zusätzlichen Budgetmitteln im Vergleich zum letzten Rahmen zur Verfügung.

Die Ressortbudgets im Überblick

Geschätzte Österreicherinnen und Österreicher!

Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass wir in allen Ressorts die Segel für die Zukunft gesetzt haben.

Ich darf Ihnen nun weitere wichtige Eckpunkte der Ressortbudgets vorstellen:

UG 10 – Bundeskanzleramt

- Für das Jahr 2024 stehen zusätzliche 11,2 Mio. Euro für den Frauenschutz und Gewaltprävention zur Verfügung.
- Für Integrationsprojekte stellen wir zusätzliche 42 Mio. Euro bis 2027 auf.

UG 25 – Familien und Jugend

- Im Vergleich zum letzten Bundesfinanzrahmen stehen diesem Bereich 1,3 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung.
- Ab 2024 werden die Mittel die Bundesjugendförderung, Familienberatungsstellen, Kinderschutzzentren und Präventionsmaßnahmen um 7,6 Mio. Euro erhöht.

UG 11 – Inneres

- Mit zusätzlichen 56,1 Mio. Euro verbessern wir die Schutzausrüstung, Einsatztechnik und Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten.
- Rund 178 Mio. Euro sehen wir für die Erneuerung der Hubschrauberflotte und deren Nachrüstung vor.

UG 12 – Äußeres

- Um rasche humanitäre Hilfe in der ganzen Welt gewährleisten zu können, heben wir den Auslandskatastrophenfonds 2024 auf 80 Mio. Euro an.
- Für die Entwicklungszusammenarbeit stellen wir 2024 weitere 139,1 Mio. Euro zur Verfügung.

UG 13 – Justiz

- Für den Erwachsenenschutz und die Opferhilfe stellen wir zusätzlich 5,3 Mio. Euro jährlich bereit.
- Für das Maßnahmenpaket zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt stehen nun 1,5 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.
- Zur Förderung der Digitalisierung gibt es für die nächsten zwei Jahre weitere 25 Mio. Euro.

UG 17 – Öffentlicher Dienst und Sport

- Dass uns das Thema Sport besonders am Herzen liegt, haben wir mit der erhöhten Sportförderung und der PRAE mehrfach bewiesen.
- Bis 2027 stellen wir zusätzliche Mittel in Höhe von 211 Mio. Euro zur Verfügung.
- Die Projekte „Tägliche Bewegungseinheit“ und „Kinder gesund bewegen“ werden im kommenden Jahr mit 3,75 Mio. Euro fortgesetzt.

UG 32 – Kunst und Kultur

- Damit die österreichischen Bundesmuseen und Bundestheater ihren Erfolgsweg weiter beschreiten können, kommt es ab dem kommenden Jahr zu einer Erhöhung der Basisabgeltung in Höhe von 12,4 Mio. Euro.

UG 20 – Arbeit

- Für ein neues Intensivprogramm zur Arbeitsmarktintegration von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten haben wir 2024 zusätzlich 75 Mio. Euro budgetiert.

UG 40 – Wirtschaft

- Wie bereits dargestellt: Das Budget der UG 40 Wirtschaft ist ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Österreich.
- Insgesamt wird das Budget der UG 40 im Vergleich zum Bundesfinanzrahmen 2023-2026 um rd. 2,4 Mrd. Euro aufgestockt. Über eine BFG-Ermächtigung können zusätzlich weitere 1,5 Mrd. Euro für die Unterstützung von energieintensiven Unternehmen bereitgestellt werden.
- Damit stellen wir sicher, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes angesichts der weltweiten Konjunkturertrübung erhalten bleibt.

UG 33 & UG 34 – Angewandte Forschung – Wirtschaft, Innovation, Technologie

- Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, dem Ausbau qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und zur Stärkung des FTI-Standortes stehen in der UG 33 und UG 34 im Jahr 2024 insgesamt 916,6 Mio. Euro zur Verfügung.
- Darin sind wegweisende Investitionen in Zukunftstechnologien wie die Halbleitertechnologie enthalten.

UG 15 – Finanzverwaltung

- Im Rahmen der digitalen Kompetenzoffensive wird die Umsetzung der Bund-Länder-Strategie „Digitale Kompetenzen Österreich“ weiter umgesetzt.
- Für das Jahr 2024 sind für den Breitbandausbau 420 Mio. Euro geplant.
- Im Bereich Bergbau sind für Explorationsinitiativen und für die Innovationsinitiative Roh- und Grundstoffe zusätzliche Mittel in Höhe von jeweils über 5 Mio. Euro für 2024 und 2025 budgetiert.

UG 24 – Gesundheit

- Wir investieren bis 2024 unter anderem 300 Mio. Euro zur Stärkung des niedergelassenen Bereichs und 550 Mio. Euro zur Stärkung des spitalsambulanten Bereichs und für Strukturreformen.
- Zusätzlich dazu werden mit dem Bundesfinanzrahmen 2024-2027 454 Mio. Euro für die Sofortmaßnahmen des Bundes im Bereich Gesundheit berücksichtigt. Damit schaffen wir u.a. 100 neue Kassenstellen, verbessern die psychosoziale Versorgung und weiten die Prävention und Gesundheitsvorsorge aus.

UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

- Wir gewährleisten die Finanzierung notwendiger Reformen im Bereich der Pflege ebenso wie die Auszahlungen des Pflegegeldes.
- Im Jahr 2024 werden zur Armutsbekämpfung Mittel in Höhe von 361,8 Mio. Euro unter anderem für Sonderzuwendungen zur Verfügung gestellt.
- Die Mittel für Pilotprojekte für Menschen mit Behinderung werden verdoppelt und betragen im Jahr 2024 100 Mio. Euro.

UG 30 – Bildung

- Das Bildungsbudget setzt den Wachstumspfad der Vorjahre fort und die für Bildung zur Verfügung stehenden Mittel steigen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 500 Mio. Euro auf 11,5 Mrd. Euro an.

UG 31 – Wissenschaft und Forschung

- Mit der kommenden Leistungsvereinbarungsperiode 2025 bis 2027 erreichen wir ein Volumen von 16 Mrd. Euro für die Universitäten.
- Das ist ein neuer Rekordwert und ein klares Signal für den hohen Stellenwert der Wissenschaft für diese Regierung.
- Fachhochschulen erhalten in den Jahren 2024-2027 eine Budgeterhöhung in Höhe von 260,7 Mio. Euro.

UG 43 – Klima, Umwelt, Energie

- Wie in diesem Jahr hat auch 2024 diese UG eine zentrale Rolle bei der Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität.
- So stellen wir 1 Mrd. Euro zusätzlich für den Tausch von Ölheizungen in den kommenden vier Jahren zur Verfügung.
- Für die Transformation im Gebäudesektor sagen wir Förderungen von insgesamt 3,6 Mrd. Euro zu.

UG 41 – Mobilität

- Auch im Bereich Mobilität arbeiten wir als Bundesregierung kontinuierlich an den Grundlagen für eine leistungsfähige, sichere und ökologisch nachhaltige Mobilität.
- Für die kostenlose Bereitstellung eines Klimaticket Österreich für 18-jährige Österreicherinnen und Österreicher werden zusätzliche 480 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Die Förderprogramme für E-Mobilität werden um 228 Mio. Euro bis 2027 erhöht.

UG 42 – Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

- Wir stellen rund 55 Mio. Euro pro Jahr zur Förderung der ländlichen Entwicklung zur Verfügung.
- Und zur Stärkung der österreichischen Wälder wird der Waldfonds 2024 und 2025 um insgesamt 100 Mio. Euro aufgestockt.

UG 22 & UG 23 – Pensionen

- Unsere Eltern und Großeltern, die ihr Leben lang gearbeitet haben, erhalten eine faire Pensionserhöhung.

Mit Optimismus voran

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir setzen damit die aktive Budgetpolitik der vergangenen Jahre fort.

- 1) Wir investieren in die Zukunft des Standorts durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, die klimaneutrale Transformation der Unternehmen und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Gleichzeitig stärken wir massiv die Sicherheit.
- 2) Mit dem Finanzausgleich 2024-2028 werden wir den demographischen Herausforderungen gerecht und stellen den Ländern und Gemeinden die notwendigen Mittel zum Ausbau und der Aufrechterhaltung der kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege, Klimaschutz und Wohnbau zur Verfügung.
- 3) Durch die Abschaffung der kalten Progression und die Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen stabilisieren wir die Einkommen, stärken die Kaufkraft und lindern damit die Auswirkungen der Inflation.

Denn:

Was wünschen wir uns für unsere Kinder, Enkelkinder, Nichten und Neffen – für die nächste Generation?

Wir wünschen uns Wohlstand, sozialen Frieden und eine nachhaltig genutzte Natur.

Sie sollen es noch besser haben als wir. Sie sollen in einem Österreich der Chancen und Möglichkeiten aufwachsen. In einem lebenswerten Österreich.

Darin sind wir uns sicherlich einig.

Daher ist mir wichtig zu betonen: Das alles sind Zukunftsinvestitionen!

Wir investieren mit diesem Budget so stark in die Zukunft wie noch nie.

Rund die Hälfte der zusätzlichen Mehrauszahlungen, mehr als 20 Mrd. Euro, sind Zukunftsausgaben.

Zum Beispiel für Kinderbetreuung, für Wissenschaft und Forschung, für die Transformation unserer Wirtschaft, für den Bereich Mikroelektronik und für unsere Sicherheit.

Das alles ist nur möglich, weil Sie – geschätzte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – Ihren Beitrag leisten.

Sie erwirtschaften das Geld, das wir investieren können.

Mit diesem Budget, mit unserer Politik und jeder einzelnen Maßnahme haben wir die Segel Richtung Zukunft gesetzt.

Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Nicht nur in schwierigen Zeiten, aber jetzt mehr denn je!

Wir gehen mit Optimismus voran. Weil wir Wohlstand erhalten und die Zukunft gestalten wollen!